

**Abonnements-Preis**  
für Berlin, so wie innerhalb des ganzen  
Preuß. Staats incl. Porto-Ausschlag  
vierteljährlich 1 *Thl.* 15 *Sgr.*  
**Insertions-Gebühren**  
für den Raum einer Petitzeile 2 *Sgr.*



**Morgen-Blatt.**

Alle Post-Anstalten  
des In- und Auslandes nehmen  
Bestellungen auf dieses Blatt an.  
Für Berlin:  
die Expedition der National-  
Zeitung, Lindenstr. 81.

Des I. 1/3756/216  
13/3756

# National = Zeitung.

N<sup>o</sup> 216.

Berlin. Mittwoch, den 8. November.

1848.

## Inhalt.

Zur polnischen Frage.

**Deutschland.** Berlin: Die militärische Cernirung Berlins; das linke Centrum. Neuvorpommern: Beschränkung des Versammlungsrechts. Stettin: Marine-Angelegenheiten. Breslau: Bürgerwehrangelegenheiten. Halle: Leo als Rathgeber der Krone. Erfurt: Militärrequisition; Veränderung der Besatzung. Köln: Prozedur gegen Gottschalk und Aneke. Frankfurt a. M.: der Beschluß in der Wien-östr. Frage. München: Polizeimaßregeln. Grätz: Operationen gegen Ungarn. Wien: gegenwärtige Lage der Stadt; Kundmachungen. Prag: Nachrichten aus Wien; Mangel an Silbergeld. Brünn: die vermittelnde Deputation. Olmütz: Ministerkombination; Aufregung im Landvolke. Gera: Landesverwaltung. Bernburg: Proclamation. Hamburg: Durchreise des Reichskommissars.

**Schweiz.** Bern: neue Note der deutschen Centralgewalt.

**Frankreich.** Paris: der Abend-Moniteur und Thiers; Präsidentenwahl; Industrielles; die Wahlpropaganda; Gerichtshof für Hochverrath; algerische Kolonisten; Nat. Vers. vom 4.

**Italien.** Turin: Ministerialveränderung. Florenz: das neue Ministerium. Rom: Stellung der Regierung zum Kriege.

**Spanien.** Madrid: Verlegenheiten der Regierung.

**Ungarn.** Preßburg: die Ungarn vor Wien.

Preussischer Reichstag: 95. Sitzung.

Ämtliche Nachrichten.

Berliner Nachrichten.

Berliner Zeitungsschau.

## Zur polnischen Frage.

Die hohe Bedeutung des Beschlusses der Nationalversammlung über das Philippsche Amendement in Betreff des Verhältnisses des Großherzogthums Posen ist uns nicht entgangen. Wir haben uns unmittelbar nach der Abstimmung über die eigentliche Bedeutung derselben ausgesprochen — theils der Wichtigkeit der Sache wegen, theils weil vorherzusehen war, daß sowohl bei unsern deutschen, als bei unsern polnischen Mitbürgern im Großherzogthum der Beschluß zu irrigen Auffassungen und zu neuer Aufregung führen würde. Leider bestätigen Berichte von verschiedenen Seiten her diese Voraussicht nur zu sehr. Unsere deutschen Mitbrüder dort, an die wir uns heute zunächst wenden und einige aufklärende Worte an die Polen uns vorbehalten, halten sich für deutscher als wir; möchten es uns für undeutsch auslegen, daß wir dem Beschlusse unsere Zustimmung, unsern Beifall gegeben haben. Sie sehen aber nicht, daß sie das Deutschtum nicht etwa auf die Spitze, nein, daß sie es übertreiben, daß sie es missbrauchen. Sie können sich nicht denken, daß die Nationalitäten in der Freiheit friedlich nebeneinander bestehen können; sie thun als sei das nur unter dem Absolutismus, nur unter dem Schutze mobiler Kolonnen, von Belagerungszuständen u. s. w. möglich. Gewiß lieben wir unsere deutschen Mitbrüder, aber wir lieben auch die Wahrheit. Einen Theil der Deutschen im Großherzogthum — mögen sie das nun gern hören oder nicht — trifft mancher Vorwurf; aber wir lassen aus Patriotismus — um des Friedens willen, die Vergangenheit mit dem Schleier bedeckt, und gehen nur auf die Frage ein: wie soll es in Zukunft sein?

Die Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt erklärte am 31. Mai: Die Volksstämme auf deutschem Bundesboden sollen...

gehindert gehen, in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht, die Litteratur, die innere Verwaltung und Rechtspflege sich der Gleichberechtigung ihrer Sprache erfreuen und an den Rechten, welche die Verfassung dem deutschen Volke gewährleisten wird, gleichmäßig Theil nehmen. Dies ist es, und nichts Anderes, was wir für die Polen wollen, mögen sie im Großherzogthum Posen, in Westpreußen, in Oberschlesien oder wo sonst wohnen; wir wollen keine Demarkationslinie, weil diesseits derselben nichts Anderes gelten soll, als jenseits; weil wir nicht einsehen, was die Linie helfen, wie sie mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten soll bestehen können; weil wir weder wollen, daß die Polen von den Deutschen, noch daß die Deutschen von den Polen beherrscht werden. Unsere deutschen Mitbrüder thun, als sollte nur für ein bestimmtes Territorium, und nicht für die polnische Bevölkerung, eine Reorganisation, d. h. die Ausführung der Gleichberechtigung der Nationalitäten eintreten, als sollte da, wo in diesem Sinne reorganisiert wird, ein polnisches Regiment eintreten, das so gegen die Deutschen verführe, wie von dem bisherigen Regiment — das muß, um gerecht zu sein, noch einmal gesagt werden — vielfach gegen die Polen verfahren ist.

Aber, fragt man, wie soll es denn werden bei der künftigen Wiederherstellung Polens? Von Wiederherstellung eines polnischen Reiches ist in diesem Augenblicke gar nicht die Rede. Wir sorgen jetzt nicht für eine Zukunft, von der nicht zu sagen ist, wann und wie sie kommen wird, deren Gestaltung wir nicht vorbestimmen, der wir nichts vergeben, der wir aber auch nicht vorgreifen wollen. Es ist nur zu sorgen für die Verhältnisse, wie sie jetzt sind. Preußen, das wir überall möchten vorangehen sehen, soll vorangehen auch darin, daß es zeigt, die verheißene Gleichberechtigung der Nationalitäten, wie die der Stände und Klassen, wie die der Religionen und Konfessionen sei ihm ein Ernst und eine Wahrheit. Wir verlangen daher von unseren deutschen Mitbrüdern, daß sie ihre Sonderinteressen, daß sie ihre — mögen sie sich nicht an den Ausdruck stoßen, wir haben keinen andern — provinzielle Befangenheit, die nur auf sich steht, die in einem engeren Kreise den freien Blick zu verlieren in Gefahr ist, die manchen trefflichen Mann zu einer Art von Fanatismus gebracht hat, den Prinzipien der neuen Zeit, der Freiheit und Gleichberechtigung, die zum Heile Preußens, zum Wohle Deutschlands endlich mit aufrichtigem Willen durchgeführt werden müssen, unterordnen, wie das ein Jeder muß. Sie sollen nicht unterdrückt werden — es soll Niemand mehr unterdrückt werden; aber das Gesetz der Freiheit soll gleich sein für Alle und gegen Alle. Jeder muß das durchführen in seinem Kreise; die National-Versammlung muß darauf halten, daß es in allen Kreisen durchgeführt wird.

Nun aber giebt es von dem gleichen Recht keine Ausnahme — denn jede Ausnahme wäre ein neues Privilegium, eine neue Tyrannei. Zeigen darum unsere deutschen Mitbrüder im Großherzogthum, daß sie die Sache der deutschen Einheit und Freiheit, die nicht bloß Rechte giebt, die Allen Pflichten auferlegt und hohe Anforderungen stellt, gründlich erfassen. Hüten sie sich, daß es nicht den Anschein gewinnt, es stünden die deutschen Vereine im Großherzogthum zum Prinzip der Gleichberechtigung der Nationalitäten, wie die Preußenvereine zum Prinzip der Gleichberechtigung der Stände und Klassen. Die Reaktion der unterdrückten Nationalitäten gegen den Druck war eine berechnete; jede Reaktion gegen die Freiheit und das gleiche Recht ist unberechtigt, weil sie Sonderrechte verlangt.

ringt, und diesen Elementen gegenüber das Volk zerfallen in Constitutionelle, in demokratische Monarchisten, in Republikaner und Sozialisten voll der verschiedensten Abstufungen, das ist das Bild unserer Gegenwart. — Ganz natürlich muß die Landeshauptstadt Berlin, von der die Revolution ausging und welche diese mit ihren zahlreichen demokratischen Elementen, ihren Klubs und Vereinen und ihren 100,000 wehrfähigen Männern stützt, auch den ganzen Grimm der Reaktion auf sich ziehen. — Berlin züchtigen und demüthigen, die Nationalversammlung sprengen, die Demokraten zur Vernunft bringen, das sind seit langer Zeit die heißesten Wünsche der Reaktion, und jeder Tag hat diese Wünsche sehnsüchtiger gemacht. Seit aber am 31. Oktober die Nationalversammlung Adel, Titel und Orden abschaffte, und am 1. November Wien unter das Säbelregiment des Fürsten Windischgrätz gefallen ist, brennt die Reaktion vor Verlangen, endlich der „Fobinerwirthschaft“ ein Ende zu machen. Nichts hofft sie sehnsüchtiger als einen Volksaufstand in Berlin, der den Vorwand gäbe, die Militärmacht einzumischen, nichts ist ihr ärgerlicher, als daß es der Bürgerwehr immer gelingt, die Ruhe herzustellen. Wir wissen, welche Mittel man schon angewendet hat, um die Arbeiter aufzuheben, wissen, wie die Reaktion Geld austreute, um Barrikaden bauen zu lassen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die empörenden Scenen vor dem Schauspielhause ebenfalls durch reaktionäre Umtriebe

stellt, alles Vertrauen tödtet und einen Bürgerkrieg vorbereitet, der Reaktion und der Camarilla zur Last fallen, welche die schwerste Verantwortung trifft, mag ihr schreckliches Werk gelingen, oder gegen ihre Absicht vereitelt werden. —

\*\* Die Mißdeutung, welche die Worte des Abg. Robbertus beim Empfange der Deputation in Sanssouci gefunden haben, haben wieder eine falsche Deutung des Schreibens mehrerer Mitglieder des linken Centrums an Jacoby veranlaßt. Aber jene Worte enthalten, nach Robbertus eigener Berichtigung, weniger eine Protestation gegen Jacoby, als gegen die Mittheilung des Adjutanten, nach welcher aus der Jacoby'schen Aeußerung ein Motto entnommen werden sollte, der Deputation nicht zu antworten; und dies Schreiben mehrerer Mitglieder des linken Centrums an Jacoby enthält so wenig eine Desavouirung der Worte von Robbertus, daß diesem vielmehr das Schreiben vorher mitgetheilt worden ist.

Wir begreifen, daß manche Fraktionen die Spaltung des linken Centrums wünschenswerth finden, aber wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir versichern, daß das linke Centrum niemals einiger in sich, nach jeder Seite hin, gestanden hat, als gegenwärtig, und daß Herr Robbertus, so wenig, wie irgend ein anderes Mitglied der Partei, geneigt ist, eines Portfeuille wegen die Parteigrundsätze zu opfern.

\*\* **Neuvorpommern**, 5. Novbr. Unsere Regierung hält sich unter dem neuen Chef v. Wedell für berechtigt, mit Berufung auf ihre Instruktion vom 13. Oktbr. 1847, das Gesetz vom 6ten April über Volksversammlungen „durch eine specielle polizeiliche Strafandrohung zu ergänzen und zu sichern“ und zu verordnen, daß zu jeder Volksversammlung unter freiem Himmel „eine vorgängige Erlaubniß der Obrigkeit“ nöthig sei, deren Nichterholung für die leitenden Teilnehmer eine Geldstrafe von 5—50 Thlr. oder verhältnißmäßige Gefängnißstrafe nach sich ziehe. Zugleich wird bestimmt, daß die Obrigkeit in diesem Falle die Magistrate, die königlichen Landräthe, der akadem. Amtshauptmann zu Greifswald und das fürst. Polizeiamt zu Putbus sei; somit wird also dem Schulzen auf dem platten Lande die Befugniß zur Ertheilung dieser Erlaubniß abgesprochen, während doch die Natur der Sache selbst und die königl. Botschaft vom 22. August diese Befugniß der Ortspolizeibehörde zuweisen und letztere nur von einer Anzeige, welche 24 Stunden vorher zu machen sei, spricht. Wenn es den einzelnen Regierungen freistehen soll, auf Grund früherer Instruktionen die in den Märztagen errungenen Freiheiten auf solche Weise zu ergänzen und zu sichern, so dürften wir allmählig wieder ganz sanft in die Arme der alten polizeilichen Bevormundung sinken. Denn unserer Regierungsverfügung zufolge, kann man schon keine Volksversammlung halten, wenn es der Obrigkeit bloß beliebt, nicht zu antworten; die Anzeige genügt ja nicht, es muß die Erlaubniß da sein. Das ist aber eben die alte Ansicht von der Polizeigewalt; die Polizei hat nach der neuen Ansicht nichts zu erlauben, sie hat nur zu verbieten, wenn dazu Grund vorhanden ist und dazu bedarf sie bloß einer Anzeige, durch welche sie die nöthige Kenntniß erhält, und was sie nicht zu verbieten berechtigt ist, das ist von selbst erlaubt. Man wird sich hier auch nicht beruhigen bei einer solchen eigenmächtigen Interpretation des Gesetzes über eine kostbare und wichtige Freiheit, im Sinne und auf Grund von Instruktionen, welche jetzt keine Geltung mehr haben können, wenn nicht das alte Regiment überhaupt zurückkehren soll.

**Stettin**, 6. November. Heute morgen ging das Stettiner Marine-Bataillon, bestehend aus ca. 400 Mann, von hier nach der Küste von Rügen ab. Die drei Dampfschiffe Tartar, Delphin und Stralsund, welche 2 Kanonenschaluppen und 4 Jollen im Schlepptaue hatten, sind für die Uebungszeit zur Disposition des Flottillen-Geschwaders gestellt. (Ostsee-Zeit.)

† **Breslau**, 6. Novbr. Der Magistrat hat in einem am gestrigen Tage an das Wehramt gelangten Schreiben, die Bestätigung des Dr. Engelmann als Stellvertreter des Obersten verweigert. Abgesehen von formellen und materiellen Mängeln bei der Wahl, sei die Stelle des Obersten selbst inzwischen erledigt worden, und es müsse zunächst ein Oberst gewählt werden. Die Central-Commission sämmtlicher Bürgerwehrmänner dagegen hat in einer außerordentlichen Sitzung, am 5. d. Mts. Abends beschlossen, in ihrer Gesamtheit als Deputation an den Magistrat zu gehen, und die Bestätigung des Dr. Engelmann zu verlangen, da die angeblichen formellen und materiellen Mängel gar nicht vorhanden wären, auch die Erledigung der Obersten-Stelle keinen Grund abgeben könne, die Bestätigung des Stellvertreters zu verweigern. — Am 24. und 25. d. Mts. soll hierorts ein Bürgerwehr-Congress für Schlessen stattfinden; — zur Beschickung des Berliner Congresses am 27. d. Mts., sind Einleitungen getroffen. — Die Nachrichten aus Wien gehen sparsam und sehr vorsichtig geschrieben, hier ein; es scheint, daß auch in der Correspondenz

bekanntes Vorzeichen der pietistisch-absolutistischen Richtung, bei Hofe in Potemkin gegeben worden sei; zumal während des Ministeriums Pfiel-Eichmann-Bonin. Wir können dies Gerücht als durchaus wahrheitsgemäß bestätigen, wir können hinzufügen, daß auch jetzt wieder, wo die jüngste Ministerialkrisis neue Wahlen herbeiführt, Herr Leo ebenfalls geist ist, um mit seinem durch einseitige historische Forschungen gebildeten, die „Naturwüchsigkeit“ der absoluten Staatsregierungen verteidigenden Wissen das neue Ministerium gestalten zu helfen. Wahrscheinlich, es ist an der Zeit, das Publikum davon zu unterrichten, welcher Rathgeber sich die Krone bedient, um das Wohl des Volkes zu fördern und auf welcher Männer Eingebungen die Maßregeln sich stützen, von denen die Krone in ihrem constitutionellen Rechte Gebrauch macht. Kennte man überall die Persönlichkeit des Herrn Leo, wie hier am Drie, wo er wegen größlicher Beleidigung eines Kollegen, dem er die geforderte Genugthuung verweigerte, aus einer Privatgesellschaft zu scheiden sich genöthigt sah und aus der anderen verwiesen wurde; — man würde es unbegreiflich finden, wie ein solcher Mann in solcher Zeit zu den Rathgebern der Krone sich gesellen darf. Schwerlich möchte Professor Leo zur königl. Tafel gezogen worden sein, wenn man daselbst auch nur diesen Theil seiner zahlreichen ehrenwürdigen Präcedentien gewußt hätte; denn schon die Begriffe von militärischer Ehrenhaftigkeit müssen hier Jedem den persönlichen Zutritt verweigern, der, wie Prof. Leo in Folge des oben gedachten Ereignisses, diejenige Satisfaction, welche ein Mann von ehrenhafter Gesinnung seinem Gegner zu gewähren pflegt, verweigerte und der Aufforderung dazu bis heute noch nicht nachgegeben ist. Im maßlosen Schimpfen hat allerdings Heinrich Leo stets Muth und Geschick an den Tag gelegt, aber für seine Worte ritterlich zu stehen oder zu fallen, diesen Muth haben wir hier in Halle nicht an ihm wahrgenommen. (Magdb. Z.)

△ **Erfurt**, 3. Novbr. Was der Minister Eichmann in Berlin bloß androht, wird vom hiesigen Festungs-Kommandanten, General von Voss, sofort ausgeführt. Vor einigen Tagen fand ein unbedeutender Excurs und Auslauf statt, und sogleich ließ Herr von Voss das Militär einschreiten, ohne gehörige Requisition und ohne daß sich die Bürgerwehr als ungenügend erwiesen hätte. Es sind dabei abermals Verwundungen vorgekommen. Ueber die strafbaren Tödtungen und Verwundungen vom 14. März durch eine Abtheilung des 31. Regiments ist noch immer keine Untersuchung gegen die Schuldigen eingeleitet.

**Erfurt**, 3. Novbr. Ich beileide mich, Ihnen die wichtige Nachricht mitzutheilen, daß die hiesige (preuß.) Grenzfestung von königlich sächsischen Truppen besetzt worden ist, während die unfrigen nach Altenburg beordert worden sind. Fürwahr, unsere Regierung konnte ihren aufrichtigen Anschluß an das gemeinsame deutsche Vaterland nicht kräftiger bekunden, als durch jene Verfügung, die darum auch in allen Kreisen den freudigsten Eindruck hervorgebracht hat. (Frankf. Z.)

**Nöln**, 4. Novbr. Die beiden Verhafteten Dr. Gottschalk und Annke sind endlich vom Anklage-Senate vor den Assisenhof verwiesen worden; jedoch ist es noch immer zweifelhaft, ob dieselben vor die Assisen in Nöln werden gestellt werden. Der Staats-Procurator Hader hat nämlich die Akten an den Justizminister gesandt, damit dieser durch den Cassationshof einen andern Assisenhof zur Verhandlung der Sache bestimmen lassen könne, falls dies der Minister für zweckmäßig erachtet. Jedenfalls wäre die Verweisung an einen andern Gerichtshof eine schwer zu rechtfertigende Härte gegen die Angeklagten, weil dadurch die endliche Entscheidung bedeutend hinausgeschoben und die ohnehin fünf Monate andauernde Verhaftung noch mehr verlängert würde. Die mehrfach verbreitete Angabe, daß über die Angeklagten in den am 27. d. M. beginnenden außerordentlichen Assisen geurtheilt werden würde, ist somit noch vorzeitig. (N. Z.)

§ **Frankfurt a. M.**, 5. Novbr. Vorgestern endlich, als es allgemein hieß, Wien habe sich ergeben, bequeme sich die Nationalversammlung, die Wien-Oesterreichische Frage als eine dringliche anzuerkennen. Der Beschluß aber, zu welchem sie gelangt ist, bleibt tief unter der Größe des Augenblicks. Mit abgedrohten Redensarten tritt man der Schlange der Reaktion nicht mehr den Kopf; Professorenweisheit ist keine Antwort auf Kanonen und Bajonette. Wahrlich mit blutendem Herzen wohnt der Freund des Vaterlandes und der Freiheit dem kläglichem Schauspiel bei, wie die Vertreter von 45 Millionen freigewordener Deutschen die Freiheit und Nationalität einer edlen Bevölkerung den Herrschgelüsten einer hochverrätherischen Camarilla und der Brutalität auswärtiger und einheimischer Soldatenhorden preisgeben. Unsonst frag man sich, wie es möglich sei, daß die deutsche Nationalversammlung den Höfen und Fürstenthronen ihre ganze Zärtlichkeit, den Volke aber den Rücken zuwendet! Das hochherzige Wien finde bei der Mehrheit kalte Pulse. Man schreit: Latour, und immer Latour! Vergißt man denn aber, daß aus einer Verbrechensfaade andere Verbrechen ersprießen? War denn Latour nicht ein Landesverräther? Sind denn die von den Kroaten begangenen Gräueltathe keine Gräueltathe, die den Namen der Menschheit schänden? Und w ist die schwerere Schuld, bei denen, welche in Metternichs Schulaufgewachsen sind und in der Wuth des Augenblicks eine Schauerthat an Einem Verräther begehen, oder bei denen, welche sich seiner Bildung rühmen und mit überlegtester Planmäßigkeit und teuflischer Kälte die Wohlfahrt von Millionen Menschen opfern? (Frankf. Z.)